




Sönke Rix

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 77270

 (030) 227 – 76270

 Soenke.rix@bundestag.de

Bundeswehr muss in Hohn bleiben

Der Bundeswehrstandort Hohn darf nicht geschlossen werden. Angesichts der aktuellen Sparpläne der Bundeswehr macht sich beim LTG 63 in Hohn Verunsicherung über die Zukunft des Standortes breit. Es wird seitens des Verteidigungsministeriums geplant weniger neue A 400 M zu bestellen und noch mehr Transall-Maschinen als geplant stillzulegen. In den Gesprächen, die ich bei meinem Besuch zusammen mit Ralf Stegner und dem Landtagsabgeordneten Kai Dolgner beim LTG 63 geführt habe, konnte ich feststellen, dass diese Überlegungen zu einer starken Verunsicherung sowohl bei den zivilen Beschäftigten als auch bei den Soldatinnen und Soldaten führt. Sie haben die Befürchtung, dass der Verteidigungsminister den letzten Bundeswehrstandort im Raum Rendsburg auch noch schließen will.

Dabei spricht viel dafür, dass es 2 NATO-Flugplätze (neben Hohn auch Wunstorf bei Hannover) für die Lufttransport-Aufgaben gibt, denn mit nur einem Lufttransportflugplatz fehlen zwangsläufig die Ausweichmöglichkeiten. Dies hat die Bundeswehr schon erkannt, denn schließlich gibt es bereits erste Planungen den Flugplatz Hohn weiter auszubauen und zu modernisieren. Ein weiterer Punkt, der für den Erhalt des LTG in Hohn spricht ist die Unterstützung im Katastrophenschutz. Gerade in einem Küstenland wie Schleswig-Holstein ist es wichtig, auf diese Ressourcen zurückgreifen zu können.

Der Standort und der Flugplatz sind in der Region gut eingebunden. Es gibt mit der Zivilbevölkerung und den Gemeinden ein sehr gutes Miteinander. Dies ist insbesondere bei Standorten mit Flugbetrieb keine Selbstverständlichkeit. Und auch die Standort-Angehörigen fühlen sich dem Standort besonders stark verbunden und sind in großer Anzahl in der Region zivilgesellschaftlich engagiert, nicht selten auch in der Kommunalpolitik.

Wer diesen Standort schließen will, nimmt nicht nur den Region eine Perspektive sondern zerstört auch das Engagement der vielen Beschäftigten für ihren Standort und für unsere Region.

PRESSMITTEILUNG